

## **Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 08.02.2026**

### **Fünf sozialdemokratische Eckpfeiler für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand**

Die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Lage zum Jahresbeginn 2026 ist ernst. Sie erfordert eine zupackende Sozialdemokratie in der Bundesregierung, in den Ländern und in Europa: Wir setzen eigene Ideen, Tempo und Stil. Wir richten unseren Blick nicht auf kurzfristige Schlagabtausche, sondern auf die Frage, wie Deutschland auch unter neuen geopolitischen und ökonomischen Bedingungen erfolgreich bleibt.

Denn so ernst die Lage auch ist, so groß sind auch unsere Potenziale. Deutschland ist in seiner Substanz wirtschaftlich stark. Unsere Unternehmen sind vielfach Weltmarktführer, entwickeln neue Ideen und Produkte, verkaufen sie in die ganze Welt und sind verlässliche Arbeitgeber. Der Erfolg ist regional breit verteilt, mit einer Vielfalt wirtschaftlicher regionaler Zentren. Das ist mehr als ein Standortvorteil. Es ist ein Stabilitätsanker – für Wohlstand, Chancen und öffentliche Infrastruktur, gegen Populismus und Radikalisierung.

#### **Wirtschaftlicher Erfolg ist Ergebnis eines Zusammenspiels**

Wirtschaftlicher Erfolg hängt selten an einem einzigen Faktor. Er ist das Ergebnis eines Zusammenspiels aus klugen und kreativen Köpfen, fleißigen Händen, guter Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, einer verlässlichen Infrastruktur, einem Gründer- und Forschergeist, von Rechtsstaatlichkeit, betrieblicher Mitbestimmung, sozialem Frieden und politischer Stabilität. Diese Faktoren machen den Standort Deutschland attraktiv und genau diese Faktoren müssen auch gepflegt und gestärkt werden. Wir müssen sie erneuern und an neue Realitäten anpassen.

Wer im Erfolg nicht regelmäßig überprüft, wo Fehlentwicklungen entstehen, riskiert, dass strukturelle Schwächen lange überdeckt bleiben. Und das geht nur so lange gut, bis externe Schocks sie gnadenlos sichtbar machen. Wir haben in den vergangenen Jahren einige externe Schocks erlebt: die Corona-Krise, der Krieg in der Ukraine mit Energiekrise und hoher Inflation sowie ein verändertes chinesisches Geschäftsmodell, das weniger Nachfrage nach deutschen Produkten und zugleich wachsende Konkurrenz deutscher Unternehmen auf Drittmärkten bedeutet. Diese Krisen haben uns nicht nur kurzfristig belastet, sondern strukturelle Probleme offengelegt.

Aus einst günstiger Energie wurde eine teure fossile Abhängigkeit. Der demografische Wandel verringert das Arbeitsangebot. Eine zu langsame Digitalisierung bremst Innovation und erschwert Verwaltungsprozesse. Und eine Infrastruktur, die lange ein Markenzeichen war, ist vielerorts alt, rissig und überlastet.

#### **Standortpolitik darf nicht Billiglohnland heißen**

Der Weg nach vorn beginnt mit einer ehrlichen Analyse. Deutschland war nie ein Billiglohn- oder Niedrigsteuerland. Unsere Stärke lag nie darin, „am billigsten“ zu sein, sondern „am besten“: in Qualität, Innovation, Fachkräften, Infrastruktur und Stabilität. Wer

Wettbewerbsfähigkeit und Standortpolitik auf Lohndrückerei und Sozialstaatsabbau verengt – auf pauschal niedrigere Lohnkosten, auf Sozialkürzungen oder auf eine Politik, die Beschäftigte für ihre Lebensentscheidungen abwertet – setzt auf Rezepte der 1980er-Jahre.

Diese Rezepte waren schon damals falsch. Doch heute wirken sie erst nicht mehr und werden den Herausforderungen an unser Wirtschaftsmodell nicht gerecht. Sie haben in Hochphasen neoliberalen Mainstreams weltweit einen Steuersenkungswettbewerb befeuert. Die Folgen waren weniger Einnahmen für Gemeinwohl und Infrastruktur sowie steigende Gewinne für wenige und damit wachsende Ungleichheit.

Und obwohl wir international stellenweise ein Umdenken wahrnehmen – ein Beispiel ist die Mindestbesteuerung multinationaler Unternehmen auf OECD-Ebene – erleben wir auch zu Beginn des Jahres 2026, wie alte Reflexe wieder lauter werden. Sie kommen zum Ausdruck im Ruf nach Abbau des Sozialstaats. Und sie werden plakativ vorgetragen mit der Behauptung, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssten einfach „mehr arbeiten“.

### **Fünf Eckpfeiler für bessere Wettbewerbsfähigkeit**

Richtig ist: Wir müssen das Arbeitsangebot steigern. Aber nicht durch Angriffe auf individuelle Freiheit und nicht durch die Abwertung von Lebensentwürfen, sondern einerseits, indem wir Talente weltweit anziehen, und andererseits durch echte Wahlfreiheit, bessere Infrastruktur, wirksame Anreize und gute Rahmenbedingungen, die Arbeit und Familie, Pflege und Weiterbildung vereinbar machen.

Wettbewerbsfähigkeit ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Voraussetzung dafür, dass wir gute Arbeit sichern, Wohlstand gerecht verteilen und den Sozialstaat dauerhaft finanzieren können. Deshalb formulieren wir fünf sozialdemokratische Eckpfeiler für eine stärkere Wettbewerbsfähigkeit.

#### **1. Investitionen: Deutschland modernisieren**

Investitionen in Infrastruktur sind teuer, komplex und wirken oft erst langfristig. Das hat mit dazu beigetragen, dass es über viele Jahre schwer war, Mehrheiten für eine große Investitionsoffensive zu gewinnen, obwohl diese längst überfällig war. Dabei war die Diagnose seit Jahren eindeutig und breit getragen: Wirtschaftsforschungsinstitute, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, IWF, OECD oder Bundesbank haben immer wieder darauf hingewiesen, dass Deutschland modernisiert werden muss. Die SPD hat diese Warnungen ernst genommen und an politischen Lösungen gearbeitet, z. B. mit Konzepten zur Finanzierung, etwa in der Kommission Steuern und Finanzen 2023 in der Partei sowie in der Steuerungsgruppe Schuldenbremse und Zukunftsinvestitionen 2024 in der Bundestagsfraktion.

Diese Beharrlichkeit hat sich ausgezahlt. Im Frühjahr 2025 haben wir das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität in Höhe von 500 Milliarden Euro beschlossen. Damit lösen wir einen jahrelangen Investitionsstau auf und schaffen die Grundlage dafür, dass unser Land im Alltag besser funktioniert. Deutschland kann kraftvoll in moderne Kitas und Schulen, bessere Straßen und Schienen, schnelles Internet und zusätzlichen Wohnraum investieren. Das sorgt konkret für Lebensqualität und ist gleichzeitig Standortpolitik. Denn diese Investitionen stärken außerdem die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Sie regen Wachstum und Beschäftigung an und verbessern die Bedingungen für Unternehmen. Nach der Finanzierung kommt nun die Umsetzung. Auch hier braucht es überlegtes und entschlossenes

Handeln. Priorität haben für uns die Zukunftsbereiche Netze, Energie- und Industrieumbau, Verkehr, Schulen und soziale Infrastruktur, Forschungseinrichtungen und Rechenzentren. Wir konzentrieren uns auf Wirkung, Tempo und Qualität, statt auf Stückwerk.

Gleichzeitig sind Investitionen im großen Stil auch in den Unternehmen erforderlich, in neue Anlagen und Maschinen etwa. Viele Unternehmen waren hier in der Vergangenheit zurückhaltend. Sei es aus Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung, Kostendruck oder geopolitischen Risiken. Die Gründe dafür sind vielfältig. Deshalb hat die Bundesregierung auf Initiative der SPD mit dem Investitionsbooster die Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmensinvestitionen deutlich verbessert, um neue Investitionen anzureizen. Für die Umstellung auf bezahlbare, verlässliche und klimafreundliche Energie, für die Digitalisierung und für das Wachstum für junge und innovative Unternehmen braucht es Kapital. Über den Deutschlandfonds bündeln wir öffentliches und privates Kapital und mobilisieren es für Zukunftsprojekte. Und wir arbeiten weiter konsequent an der Vollendung der europäischen Spar- und Investitionsunion, um privates Kapital in der EU zu mobilisieren und für Zukunftsinvestitionen nutzbar zu machen.

## **2. Innovationen: Zukunftstechnologien ausbauen**

Der Strukturwandel ist so unvermeidbar wie notwendig. Er bringt Risiken und Chancen mit sich. Entscheidend ist, ihn nicht geschehen zu lassen, sondern zu gestalten. Zu lange wurde an tradierten Geschäftsmodellen festgehalten. Eine positive Zukunft für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsteht nicht durch den verklärten Blick zurück, sondern durch eine bessere Innovationspolitik. Um die richtigen Entscheidungen für diese Politik zu treffen, ist eine strategische Betrachtung des sich wandelnden Wettbewerbsumfelds entscheidend.

Erstens: Alles wird elektrisch. Die Märkte weltweit gehen klar in Richtung Dekarbonisierung. Industrielle Prozesse und Mobilität verändern sich rasant. Energiepreise werden stärker regional bestimmt. Konkurrenzfähig ist zunehmend auch, wer Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, klimafreundlicher Energie hat. Früher sprach man vom „Billiglohnland“, heute geht es immer häufiger um das „Billig-Strom-Land“.

Zweitens: Alles wird digital. Wertschöpfung verlagert sich zunehmend weg von mechanischen oder chemischen Produkten und hin zu Systemen aus Software, Sensorik, Datenverarbeitung und künstlicher Intelligenz. Das gilt exemplarisch für das Auto, aber weit darüber hinaus.

Drittens: Abhängigkeiten werden zum Risiko. Europa ist bei zentralen digitalen Plattformen und Technologien bislang stark von US-Konzernen abhängig. Das ist wirtschaftlich nachteilig und kann politisch erpressbar machen.

Daraus folgt für uns: Eine klimaneutrale Industrie ist der richtige Weg in eine Zukunft mit Wachstum und Wohlstand. Wir setzen Impulse für grüne Leitmärkte, niedrigere Energiepreise, robusten Handelsschutz, sichere Rohstoffversorgung, Stärkung der Kreislaufwirtschaft und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen.

Entscheidend ist dabei der gesamte Innovationspfad: von der Grundlagenforschung über die Anwendung bis zur Skalierung. Die größte Herausforderung wird sein, nicht nur Erfindungen zu machen, sondern daraus Unternehmen, Produkte und Arbeitsplätze aufzubauen. Dafür brauchen wir eine vorausschauende Innovationspolitik, mehr Wagniskapital, bessere Gründer-Ökosysteme und einen klugen Außenhandelsschutz, damit junge Unternehmen in neuen

Märkten wachsen können, statt im internationalen Wettbewerb zu früh ein- und überholt zu werden.

### **3. Fachkräfte: Potenziale heben**

Der wichtigste Standortfaktor in Deutschland sind die Menschen mit ihren Fähigkeiten, ihren Fertigkeiten und ihren Ideen. Deshalb ist Bildungspolitik für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und des Wirtschaftsstandortes entscheidend. Frühe Bildung in den Kitas, gute Schulen, beste Ausbildung im dualen System wie auch an der Hochschule, Weiterbildung und Qualifizierung über das ganze Erwerbsleben hinweg sind die wirksamste Antwort auf den Fachkräftemangel. Wer Wettbewerbsfähigkeit ernst meint, investiert in Bildung.

Genauso klar ist: Wir müssen das Arbeitskräftepotenzial in Deutschland besser nutzen. Dazu gehört insbesondere eine Politik, die es ermöglicht, dass Frauen und Männer, die gerne mehr arbeiten wollen, es auch tun können. Neben dem weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsangebote gehören Arbeitszeitmodelle dazu, die Familie oder Pflege und Beruf planbarer und damit vereinbarer machen. Dazu gehört außerdem Teilzeitfallen abzuschaffen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die gläserne Decke zu durchstoßen und Benachteiligungen durch Care Arbeit zu sanktionieren. Wir schaffen Bedingungen, die es Menschen ermöglichen, ihre Entscheidungen frei zu treffen. Wer Teilzeit pauschal diffamiert, verkennet die Realität von Familien, Pflege, Weiterbildung und Gesundheit. Auch müssen wir besser darin werden, älteren Beschäftigten Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Ein verfrühtes Ausscheiden aus dem Arbeitsleben könnte häufig durch Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz, Reha- und Umschulungsangebote vermieden werden.

Darüber hinaus liegen für Deutschland große Chancen in der Fachkräftesicherung durch eine kluge Einwanderungspolitik. Wir müssen attraktiver werden für die hellsten Köpfe aus aller Welt – und deren Zuwanderung muss schneller, einfacher und verlässlicher werden. Unser Ziel ist ein entbürokratisierter One-Stop-Prozess vom Visum bis zur Wohnung: klare Zuständigkeiten, digitale Verfahren, schnellere Anerkennung von Qualifikationen und echte Unterstützung beim Ankommen. Wer sozialversicherungspflichtig hier arbeitet, soll auch dauerhaft bleiben können.

### **4. Neue globale Partnerschaften: Souveränität sichern**

Die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen der Trump-Administration und der EU über Zölle haben glasklar gezeigt, dass wirtschaftliche Verflechtungen zunehmend als geopolitisches Druckmittel gegen die EZ eingesetzt werden – auch gegenüber Verbündeten. In internationalen Verhandlungen werden sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen implizit wie explizit gegeneinander ausgespielt. Das heißt für uns: In einer multipolaren Welt müssen wir unsere Wirtschafts-, Handels-, Außen-, Sicherheits- und Digitalpolitik strategisch neu ausrichten.

Um dabei handlungsfähig zu bleiben, braucht Europa – und braucht Deutschland – eigene Stärke und Resilienz. Diese Verhandlungsmasse aufzubauen, setzt die Verfügung über kritische Technologien, Ressourcen und industrielle Fähigkeiten voraus, die andere benötigen. Dafür müssen wir Partnerschaften mit anderen Ländern in Wirtschafts-, Handels-, Außen- und Sicherheitspolitik gemeinsam denken und entlang klarer Prioritäten ausrichten.

Das bedeutet erstens: mehr Investitionen in technologische Souveränität. Bei künstlicher Intelligenz dürfen nicht dieselben strategischen Abhängigkeiten von Plattformen entstehen wie in der letzten Tech-Welle. Europa muss stärker definieren, welche digitalen Geschäftsmodelle in unserem Markt unter welchen Regeln agieren und wie Wertschöpfung und Gewinne gerecht verteilt werden.

Zweitens: Wir müssen uns handelspolitisch robuster aufstellen. Handelspolitik muss Investitionspolitik werden. Investitionen in Europa sind seit Jahren rückläufig. Das ist nicht allein auf schwache Wachstumsperspektiven zurückzuführen. Es hat auch damit zu tun, dass andere Staaten zunehmend lokale Produktion zur Bedingung für einen Marktzugang machen. In ausgewählten Sektoren muss Europa ebenfalls selbstbewusst formulieren, dass Markt und Produktion zusammengehören können, damit wir Investitionsdynamik zurückgewinnen, Wertschöpfung halten und neue aufbauen. Europäische Präferenzregeln bei öffentlicher Förderung und Vergabe sicherheits-, klima- und industriepolitisch stärken deshalb unsere wirtschaftliche Souveränität. Dafür setzen wir uns für die Einführung von „Buy European“ Regeln in strategisch wichtigen Bereichen ein, etwa bei grünem Stahl oder der Automobilproduktion.

Drittens: Partnerschaften diversifizieren. Deutschland und Europa sollen Handelsbeziehungen gezielt ausweiten. Indien und weitere asiatische Staaten, Lateinamerika, Australien und die Staaten des afrikanischen Kontinents sollen auf Handelsbeziehungen auf Augenhöhe setzen können, mit echten gegenseitigen Vorteilen, mit Technologie- und Infrastrukturkooperation und mit fairen Regeln.

Viertens: Resilienz ist ein Wert und sie braucht eine klare Definition. Resilienz heißt nicht beliebige Abschottung und nicht pauschale Subventionspolitik. Resilienz heißt, systematisch zu prüfen, welche Stoffe, Güter und Komponenten so kritisch sind, dass wir ihre Verfügbarkeit absichern müssen – etwa bei chemischen Grundstoffen, bei Stahl, bei bestimmten Medikamenten, bei Komponenten kritischer Infrastruktur, bei Dünger oder ausgewählten Bereichen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Dafür brauchen wir konkrete Maßnahmen wie eine europäische Produktion dort, wo es strategisch nötig ist, oder auch die Diversifizierung von Lieferketten. Und vor allem die kluge strategische Suche und Entwicklung industrieller Stärken, Produkte und Verfahren, in denen wir unverzichtbar sind. Wer an einer Stelle der Wertschöpfungskette etwas kann, das andere zwingend brauchen, schafft sich Schutz durch Verhandlungsmacht.

Fünftens gehört dazu finanzielle Souveränität: Eine funktionierende europäische Spar- und Investmentunion ist zentral, um Kapital in Europa zu mobilisieren und unsere Widerstandsfähigkeit zu stärken. Dazu kommen der beschleunigte Ausbau europäischer Zahlungssysteme und die Einführung des digitalen Euro.

In global unsicheren Zeiten ist eine starke Binnenwirtschaft immer auch ein Stabilitätsfaktor für sich. Gute Löhne und verlässliche Einkommen stärken die gesamtgesellschaftliche Nachfrage und damit auch die Investitions- und Wachstumsperspektiven im eigenen Land. Das gilt auch für den Schutz und die Förderung zur Transformation des starken deutschen Mittelstands mit seinen Hidden Champions und des heimischen Handwerks.

## **5. Ungleichheit bekämpfen: Zusammenhalt stärken**

Die SPD tritt dafür an, dass es in unserer Gesellschaft gerecht zugeht. Gerechtigkeit heißt: Anstrengung lohnt sich. Wohlstand kann erarbeitet werden. Ungleiche Startchancen bestimmen nicht den gesamten Lebensverlauf. Und alle tragen nach Kräften zur Finanzierung der Gemeinschaft bei. Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit sind keine Gegensätze. Sie sind zwei Seiten derselben Münze und die Grundlage des Erfolgs der sozialen Marktwirtschaft.

Wer sich abrackert und dennoch nicht vorankommt, verliert die Zuversicht. Wer gegen eine Mauer aus Privilegien läuft, zweifelt an Sinn und Fairness. Zu große Ungleichheit und die Privilegierung weniger sind Gift für Motivation, Innovation, Wettbewerb und Produktivität. Die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben und eine gute Zukunftsperspektive ist einer der stärksten Treiber für Leistungsbereitschaft. Wer Leistungsbereitschaft fordert, muss Ungleichheit bekämpfen.

Besonders sichtbar ist das bei den Vermögen. Wenn große Teile der Gesellschaft kaum oder kein Vermögen besitzen und nicht in der Lage sind zu sparen, um das zu ändern, ist das ein strukturelles Problem. Und wenn außerdem das reichste ein Prozent mehr Vermögen besitzt als sehr große Teile der Bevölkerung zusammen, zeigt das: Ungleichheit und Steuerungerechtigkeit erzeugen Ärger – und Populisten versuchen, diesen Ärger zu instrumentalisieren. Diese Ungerechtigkeiten zu beseitigen, ist deshalb nicht nur sozialpolitisch richtig, sondern auch die Chance, unsere Demokratie und politische Stabilität zu sichern.

Ein zentraler Hebel ist dabei das Steuersystem. Es folgt dem Prinzip der Leistungsfähigkeit: Wer mehr hat, kann und soll mehr beitragen. Doch an entscheidenden Stellen funktioniert dieses Prinzip nicht mehr ausreichend. Das zeigt sich, wenn Multimillionen- und Milliardenerschaften oft sehr niedrig oder gar nicht besteuert werden, während normale Erbschaften die Steuer zahlen. Wenn zudem die Erbschaftsteuer als „Dummensteuer“ bezeichnet wird, weil diejenigen, die sie zahlen, statt sie zu umgehen, als „die Dummen“ gelten, ist das ein Alarmsignal für die Legitimität unseres Systems. Wenn wir Leistung belohnen und Anstrengung fördern wollen, müssen wir dafür sorgen, dass Arbeit nicht dauerhaft stärker belastet wird als Vermögen. Deshalb wollen wir den Reformstau in der Einkommensteuer lösen, kleine und mittlere Einkommen entlasten und zugleich Spitzenvermögen fairer besteuern. Dabei setzen wir auf klare Leistungsanreize für Unternehmen: Wer investiert, wird steuerlich entlastet. Das stärkt Produktivität und Modernisierung.

### **Wettbewerbsfähigkeit braucht Antworten für morgen und nicht von gestern**

Wettbewerbsfähigkeit entsteht nicht durch Rückbau, Druck nach unten und nostalgische Rezepte. Wettbewerbsfähigkeit braucht Antworten für morgen – nicht von gestern. Sie entsteht durch Investitionen, Innovationsförderung, Fachkräftesicherung, strategische Partnerschaften für eine neue Handelspolitik und gleiche Chancen für die Zukunft aller Kinder. Sie braucht dafür als Rahmenbedingungen einen stabilen und effizienten Sozialstaat und einen handlungsfähigen Staat mit moderner Verwaltung und schnellen Verfahren. So sichern wir gute Arbeit und Wohlstand, stärken unsere Demokratie und machen Deutschland und Europa handlungsfähig in einer Welt, die rauer geworden ist.